

Gelet op het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de middenstand en de kmo's, artikel 4;

Gelet op het advies van de Sociaal-Economische Raad van de Duitstalige Gemeenschap, gegeven op 22 december 2020;

Gelet op het voorstel van het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de middenstand en de kmo's, ingediend op 5 januari 2021;

Gelet op het advies van de Commissie voor de erkenning van opleidingen met toepassing van artikel 2 van de wet van 29 juni 1983 betreffende de leerplicht, gegeven op 26 maart 2021;

Op de voordracht van de minister bevoegd voor Opleiding;

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1. Het opleidingsprogramma Landbouwer (A30/2021) - in de versie van 15 april 2021 - dat door het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de middenstand en de kmo's aan de leerlingen wordt aangeboden, voldoet aan de voorwaarden inzake deeltijdse leerplicht met toepassing van artikel 2 van de wet van 29 juni 1983 betreffende de leerplicht.

Art. 2. Het opleidingsprogramma vermeld in artikel 1 wordt vanaf het opleidingsjaar 2021-2022 trapsgewijs ingevoerd, te beginnen met het eerste jaar van de leertijd.

Het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's publiceert het opleidingsprogramma vermeld in artikel 1 op zijn website. De leersecretariaten brengen dat opleidingsprogramma ter kennis van de partijen bij de leerovereenkomst.

Art. 3. Dit besluit treedt in werking op 1 mei 2021.

Eupen, 22 april 2021.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap:

De Minister-President, Minister van Lokale Besturen en Financiën

O. PAASCH

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

L. KLINKENBERG

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2022/200257]

23. DEZEMBER 2021 — Erlass der Regierung über die Feststellung von Beeinträchtigungen bei Kindern im Hinblick auf die Auszahlung des Zuschlags für Kinder mit Beeinträchtigung

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen, Artikel 22 Absatz 2 und Artikel 62 § 2 Absatz 2;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 28. März 2003 zur Ausführung der Artikel 47, 56septies und 63 der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger und des Artikels 88 des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 29. November 2018 zur Ausführung des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen;

Aufgrund des Gutachtens des Verwaltungsrats der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben vom 3. September 2021;

Aufgrund des Gutachtens des Rats für Familienleistungen vom 16. September 2021;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 28. September 2021;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 29. September 2021;

Aufgrund des Gutachtens der Datenschutzbehörde Nr. 166/2021 vom 4. Oktober 2021;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 70.483/1 des Staatsrates, das am 10. Dezember 2021 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des Ministers für Familie;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL 1 — Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1 - Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Dekret: das Dekret vom 23. April 2018 über die Familienleistungen;
2. Dienststelle: die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben;
3. Erlass vom 28. März 2003: den Königlichen Erlass vom 28. März 2003 zur Ausführung der Artikel 47, 56septies und 63 der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger und des Artikels 88 des Programmgesetzes (I) vom 24. Dezember 2002.

KAPITEL 2 — Bewertungskriterien und -modalitäten der Auswirkungen der Beeinträchtigung

Art. 2 - Feststellung

Für die Anwendung der Artikel 21 und 22 des Dekrets wird die Beeinträchtigung eines Kindes durch die Dienststelle oder eine von der Dienststelle beauftragten Person anhand eines der in Kapitel 3 vorgesehenen Verfahren festgestellt.

Art. 3 - Feststellungselemente der Auswirkung der Beeinträchtigung

§ 1 - Die Auswirkungen der Beeinträchtigung werden aufgrund von drei Pfeilern bewertet. Diese Pfeiler beziehen sich auf folgende Auswirkungen der Beeinträchtigung:

1. der Pfeiler 1 bezieht sich auf die Auswirkungen der Beeinträchtigung auf die körperliche und geistige Gesundheit des Kindes;
2. der Pfeiler 2 bezieht sich auf die Auswirkungen der Beeinträchtigung auf die Tatkraft und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben des Kindes;
3. der Pfeiler 3 bezieht sich auf die Auswirkungen der Beeinträchtigung auf das familiäre Umfeld des Kindes.

§ 2 - Die in § 1 erwähnten Auswirkungen werden festgestellt anhand der in Anhang 1 des Erlasses vom 28. März 2003 beigefügten sozialmedizinischen Tabelle. Für jeden Pfeiler werden wie folgt Punkte vergeben:

1. Für den Pfeiler 1 werden die Punkte abhängig vom Prozentsatz der gemäß Artikel 3 festgestellten körperlichen oder geistigen Beeinträchtigung des Kindes entsprechend nachfolgender Graduierung der Beeinträchtigung vergeben:

- a) 0 % - 24 % körperlicher oder geistiger Beeinträchtigung: 0 Punkte;
- b) 24 % - 49 % körperlicher oder geistiger Beeinträchtigung: 1 Punkt;
- c) 50 % - 65 % körperlicher oder geistiger Beeinträchtigung: 2 Punkte;
- d) 66 % - 79 % körperlicher oder geistiger Beeinträchtigung: 4 Punkte;
- e) 80 % - 100 % körperlicher oder geistiger Beeinträchtigung: 6 Punkte.

2. Der Pfeiler 2 umfasst folgende Funktionskategorien, die gegebenenfalls in Unterkategorien unterteilt werden können und für die die Punkte abhängig von abgestuften Kriterien vergeben werden:

- a) Berufsbildung, Ausbildung und soziale Integration;
- b) Kommunikation;
- c) Mobilität und Fortbewegung;
- d) Körperpflege.

3. Der Pfeiler 3 umfasst folgende Kategorien, die gegebenenfalls in Unterkategorien unterteilt werden können und für die die Punkte abhängig von abgestuften Kriterien vergeben werden:

- a) die am Wohnsitz vorgenommene Behandlung;
- b) Verlegung zur medizinischen Beobachtung und Behandlung;
- c) Anpassung des Lebensumfelds und der Lebensweise.

Die Punkte der Pfeiler 2 und 3 werden wie folgt zusammengerechnet:

1. für die in Pfeiler 2 wird die Höchstanzahl Punkte aus jeder der vier Funktionskategorien zusammengerechnet. Die Summe der so ermittelten Punkte ist auf 12 begrenzt;

2. für den Pfeiler 3 wird die Höchstanzahl Punkte aus jeder der drei Kategorien zusammengerechnet und die Summe mit 2 multipliziert. Das Ergebnis der so ermittelten Punkte ist auf 18 begrenzt.

Das Endresultat der Feststellung der Auswirkungen der Beeinträchtigung ergibt sich aus der Summe der Pfeiler 1, 2 und 3 und ist auf 36 begrenzt.

Art. 4 - Berechnungsmodalitäten zur Feststellung der Auswirkungen der Beeinträchtigung

§ 1 - Die in Artikel 3 erwähnte Feststellung der körperlichen oder geistigen Beeinträchtigung erfolgt auf Grundlage:

1. der dem Anhang 2 des Erlasses vom 28. März 2003 beigefügten "Liste der pädiatrischen Beeinträchtigungen";
2. des Erlasses des Regenten vom 12. Februar 1946 zur Billigung der "Offiziellen belgischen Invaliditätstabelle".

Die in Absatz 1 Nummer 2 erwähnte Invaliditätstabelle wird ausschließlich für Beeinträchtigungen oder Funktionen genutzt, die nicht in der in Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Liste aufgeführt werden sowie für Beeinträchtigungen aus der Liste, die auf einen Artikel der Invaliditätstabelle verweisen.

§ 2 - Die Bewertung der Auswirkungen der Beeinträchtigung anhand der in Artikel 3 aufgeführten Elemente durch Anwendung der in § 1 erwähnten Liste und Invaliditätstabelle unterliegt folgenden Modalitäten:

1. bei multiplen Teilbeeinträchtigungen, von denen keine zu einer vollständigen Beeinträchtigung führt, wird der Prozentsatz der schwersten Beeinträchtigung vollständig berücksichtigt und jede der restlichen Teilbeeinträchtigungen proportional auf den verbleibenden Teil der Gesundheit verrechnet. Dazu werden die verschiedenen Beeinträchtigungen abhängig von ihrem tatsächlichen Prozentsatz in absteigender Reihenfolge verrechnet. Dieser Berechnungsmodus ist nur anwendbar, wenn die verschiedenen Teilbeeinträchtigungen verschiedene Körperglieder oder Funktionen betreffen;

2. ein proportionaler Bewertungsmodus wird angewendet, wenn dasselbe Körperglied oder dieselbe Funktion von mehreren Schädigungen betroffen ist und wenn die Anwendung des in Nummer 1 festgelegte Berechnungsmodus zur Folge hätte, dass ein höherer Prozentsatz erreicht wird als dies bei einem vollständigen Verlust des betroffenen Körperglieds oder der betroffenen Funktion der Fall wäre;

3. die in § 1 erwähnte Liste und Invaliditätstabelle sind entweder verbindlich oder richtungsweisend anzuwenden, je nachdem, ob sie einen festen Prozentsatz angeben oder einen Ermessensspielraum bei der Bewertung lassen. Im letzteren Fall bleiben sie jedoch für den niedrigsten und höchsten Prozentsatz verbindlich.

KAPITEL 3 — Verfahren

Art. 5 - Erstantrag

Der Antragsteller, der die Beeinträchtigung eines Kindes erstmals feststellen zu lassen wünscht, stellt einen entsprechenden Antrag bei der Dienststelle.

Art. 6 - Bewertungsverfahren

§ 1 - Die Dienststelle fordert den Antragsteller auf, alle medizinischen, sozialen oder anderen Berichte, die sie für sachdienlich hält, innerhalb einer Frist von 30 Tagen einzureichen.

Um ihre Entscheidung zu treffen, zieht die Dienststelle sowohl ihre eigenen medizinischen Feststellungen als auch die ihr übermittelten medizinischen, sozialen oder anderen Berichte in Betracht. Sie stützt sich bei ihrer Entscheidungsfindung ebenfalls auf die Unterredungen, die sie mit dem Kind und den Personen, denen die Situation des Kindes vertraut ist, geführt hat.

Wenn der Antragsteller nicht alle zur Unterstützung des Antrags erforderlichen Dokumente und Berichte im Sinne von Absatz 1 innerhalb der dort festgelegten Frist vorlegt oder wenn sie nicht vollständig sind, teilt die Dienststelle ihm schriftlich mit, welche Informationen oder Dokumente er binnen einer Frist von 30 Tagen nach Versand des Schreibens, mit dem diese Dokumente und Informationen angefordert werden, vorlegen muss.

Wenn der Antragsteller die Dokumente und Informationen nicht innerhalb der in Absatz 3 vorgesehenen Frist übermittelt hat, sendet die Dienststelle dem Antragsteller ein zweites Erinnerungsschreiben zu und teilt ihm darin mit, welche zusätzlichen Informationen oder Dokumente er binnen einer Frist von 30 Tagen nach Versand des Schreibens, mit dem diese Dokumente und Informationen angefordert werden, vorlegen muss.

Wenn der Antragsteller der Dienststelle die zusätzlichen Dokumente oder Informationen nicht binnen der in Absatz 4 erwähnten Frist übermittelt, erklärt die Dienststelle den Antrag für unzulässig.

§ 2 - Zur Durchführung der Untersuchungen übermittelt die Dienststelle dem Antragsteller eine Einladung. Kann das Kind den Termin wegen Prüfungsaktivitäten, wegen Krankheit des Kindes oder wegen Krankheit der Person, die das Kind bei dem Termin begleitet, nicht wahrnehmen, lädt die Dienststelle den Antragsteller zu einem neuen Termin vor. Wenn das Kind zum vorgeschlagenen Untersuchungstermin aus einem anderen als den vorerwähnten Gründen nicht erscheint, übermittelt die Dienststelle dem Antragsteller eine zweite Einladung.

Erscheint das Kind auch zu diesem zweiten Termin aus einem anderen als den vorerwähnten Gründen nicht, erklärt die Dienststelle den Antrag für unzulässig.

§ 3 - In Abweichung von § 2 Absatz 1 kann die Dienststelle die Entscheidung ausschließlich aufgrund der in § 1 erwähnten Dokumente und Informationen treffen.

Trifft die Dienststelle eine Entscheidung in Anwendung von Absatz 1 kann der Antragsteller innerhalb einer Frist von 21 Tagen mitteilen, dass er eine Einladung wünscht. In diesem Fall trifft die Dienststelle eine neue Entscheidung in Anwendung von § 2.

Art. 7 - Beschluss der Dienststelle

Die Dienststelle trifft ihren Beschluss innerhalb von sechs Monaten nach Empfang eines Antrags oder nach Eintreten eines Umstands, der Anlass zu der Untersuchung der Beeinträchtigung von Amts wegen gibt.

Bei Versand der Erinnerungsschreiben in Anwendung von Artikel 6 § 1 Absätze 3 und 4 wird die Beschlussfassungsfrist ausgesetzt bis zum Zeitpunkt der Vervollständigung des Antrags durch den Antragsteller. Die Beschlussfassungsfrist wird ebenfalls für den Zeitraum zwischen dem Versand der in Artikel 6 § 2 vorgesehenen zweiten Einladung zum Untersuchungstermin und dem Untersuchungstermin ausgesetzt.

Art. 8 - Notifizierung von Beschlüssen

Die Dienststelle setzt die betroffenen Personen von jedem Beschluss, der sie betrifft, in Kenntnis.

Unbeschadet der Anwendung anderer Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmungen erfolgt die Notifizierung schriftlich.

Art. 9 - Geltungsdauer der Beschlüsse

Die Beschlüsse der Dienststelle zur Feststellung der Beeinträchtigung können bis zu fünf Jahre rückwirken jeweils ab dem Empfang eines Antrags oder ab dem Eintreten eines Umstands, der Anlass zu der Untersuchung der Beeinträchtigung von Amts wegen gibt.

Die Dienststelle bestimmt den Geltungszeitraum der Feststellung anhand der perspektivischen Entwicklung der Beeinträchtigung.

Art. 10 - Neufeststellung auf Antrag

Der Antragsteller kann jederzeit bei der Dienststelle die Neufeststellung der Beeinträchtigung beantragen, es sei denn es ist bereits ein laufender Antrag anhängig.

Die Neufeststellung auf Antrag erfolgt nach dem in Artikel 6 festgelegten Bewertungsverfahren.

Art. 11 - Neufeststellung von Amts wegen

Die Dienststelle leitet die Neufeststellung von Amts wegen ein, bevor die letzte Feststellung in Anwendung von Artikel 9 Absatz 2 endet.

Die Neueinschätzung von Amts wegen erfolgt nach dem in Artikel 6 festgelegten Bewertungsverfahren.

Art. 12 - Feststellung von Amts wegen bei Zuständigkeitswechsel

Wird die Deutschsprachige Gemeinschaft in Anwendung des Zusammenarbeitsabkommens vom 6. September 2017 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Angliederungsfaktoren, der Verwaltung der Altlasten, des Datenaustausches im Bereich der Familienleistungen und der Bedingungen für die Zuständigkeitsübertragung zwischen den Kindergeldkassen für ein Kind zuständig, für das eine andere Gebietskörperschaft bereits eine Beeinträchtigung festgestellt hat, übernimmt die Dienststelle von Amts wegen die Feststellung einer Beeinträchtigung, die aufgrund der Rechtsvorschriften der betreffenden Gebietskörperschaft vorgenommen wurde.

KAPITEL 4 — Vertraulichkeit und Datenschutz

Art. 13 - Verarbeitung personenbezogener Daten

Gemäß Artikel 62 des Dekrets ist die Regierung verantwortlich für die Verarbeitung der in Artikel 14 aufgeführten personenbezogenen Daten. Die Dienststelle gilt als Auftragsverarbeiter im Sinne von Artikel 4 Nummer 8 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG.

Die Regierung und die Dienststelle verarbeiten personenbezogene Daten im Hinblick auf die Feststellung der Beeinträchtigung des Kindes und die Auszahlung des Zuschlags für Kinder mit einer Beeinträchtigung. Sie dürfen die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung dieser Aufträge verwenden.

Art. 14 - Datenverarbeitung

Die Dienststelle kann folgende personenbezogene Daten erheben und verarbeiten, gegebenenfalls auf Nachfrage beim behandelnden Arzt des Kindes, bei anderen Behörden oder Dienstleistern:

1. Name, Vorname, Nationalregisternummer, Geburtsdatum, Wohnsitz, Zivilstand, Telefonnummer und E-Mail-Adresse des Kindes;
2. Name, Vorname, Nationalregisternummer, Wohnsitz, Telefonnummer und E-Mail-Adresse des Antragstellers;
3. Name, Vorname, Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse und LIKIV-Nummer des Haus- und Facharztes des Kindes;
4. Auswirkungen der Erkrankung oder Beeinträchtigung des Kindes auf die alltäglichen Aktivitäten, Lebensumfeld und Teilhabe, und zwar:
 - a) Lernen, Unterricht, Schulbesuch;
 - b) Kontakte zu anderen Personen;
 - c) Fortbewegung drinnen und draußen;
 - d) Körperpflege, Nahrung;
5. Art und Beschreibung der Erkrankung oder Beeinträchtigung sowie damit verbundene Risikofaktoren, Gesundheitszustand und medizinische Behandlung des Kindes, gegebenenfalls durch Vorlage medizinischer Berichte;
6. Familiensituation und Auflistung der durch die Familie geleisteten Hilfestellungen für das Kind.

Art. 15 - Dauer der Datenverarbeitung

Unbeschadet anderer Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmungen, die gegebenenfalls eine längere Aufbewahrungsfrist vorsehen, dürfen die gemäß Artikel 14 verarbeiteten Daten wie folgt in einer Form aufbewahrt werden, die die Identifizierung der betroffenen Person ermöglicht:

1. für ein Kind, für das keine Beeinträchtigung festgestellt wurde, während 5 Jahren ab ihrer Erhebung;
2. für ein Kind, für das eine Beeinträchtigung festgestellt wurde, während 5 Jahre ab dem Ende der Beeinträchtigung.

KAPITEL 5 — *Schlussbestimmungen***Art. 16 - Abänderungsbestimmung**

Artikel 1 Nummer 3 des Erlasses der Regierung vom 29. November 2018 zur Ausführung des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen wird wie folgt ersetzt:

"3. Erlass vom 23. Dezember 2021: den Erlass der Regierung vom 23. Dezember 2021 über die Feststellung von Beeinträchtigungen bei Kindern im Hinblick auf die Auszahlung des Zuschlags für Kinder mit Beeinträchtigung."

Art. 17 - Abänderungsbestimmung

Artikel 14 desselben Erlasses der Regierung wird wie folgt ersetzt:

"Art. 14 - Feststellung der Beeinträchtigung und Zuordnung von Kategorien

§ 1 - Die aufgrund des Artikels 2 des Erlasses vom 23. Dezember 2021 festgestellte Beeinträchtigungen werden den in Artikel 21 des Dekrets erwähnten Kategorien wie folgt zugeordnet:

1. eine Beeinträchtigung, für die mindestens 4 Punkte in dem in Artikel 2 § 1 Nummer 1 des Erlasses vom 23. Dezember 2021 erwähnten Pfeiler 1 und insgesamt weniger als 6 Punkte erteilt werden, wird der Kategorie 1 zugeordnet;
2. eine Beeinträchtigung, für die zwischen 6 und 8 Punkte erteilt werden, wird der Kategorie 2 zugeordnet;
3. eine Beeinträchtigung, für die zwischen 9 und 11 Punkte erteilt wird, wird der Kategorie 3 zugeordnet;
4. eine Beeinträchtigung, für die entweder insgesamt zwischen 12 und 14 Punkte oder 4 Punkte in dem in Artikel 2 § 1 Nummer 1 erwähnten Pfeiler 1 und insgesamt zwischen 6 und 11 Punkte erteilt werden, wird der Kategorie 4 zugeordnet;
5. eine Beeinträchtigung, für die zwischen 15 und 17 Punkten erteilt werden, wird der Kategorie 5 zugeordnet;
6. eine Beeinträchtigung, für die zwischen 18 und 20 Punkte erteilt werden, wird der Kategorie 6 zugeordnet;
7. eine Beeinträchtigung, für die mehr als 20 Punkte erteilt werden, wird der Kategorie 7 zugeordnet.

§ 2 - Liegt keine Feststellung der Beeinträchtigung aufgrund Artikel 2 des Erlasses vom 23. Dezember 2021 vor, werden die Beeinträchtigungen, die aufgrund der Rechtsvorschriften der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region oder der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission festgestellt wurden, in Anwendung von § 1 den in Artikel 21 des Dekrets erwähnten Kategorien zugeordnet."

Art. 18 - Aufhebungsbestimmung

Der Königliche Erlass vom 28. März 2003 zur Ausführung der Artikel 47, 56septies und 63 der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger und des Artikels 88 des Programm-gesetzes (I) vom 24. Dezember 2002, letztmalig abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 26. April 2009, wird aufgehoben, mit Ausnahme der Anhänge 1 und 2.

Art. 19 - Übergangsbestimmung

Feststellungen von Beeinträchtigungen, die vor Inkrafttreten dieses Erlasses durch den Föderalen Öffentlichen Dienst Soziale Sicherheit vorgenommen wurden, gelten für die Dauer, für die diese Beeinträchtigungen festgestellt wurden, oder bis zu einer neuen Feststellung durch die Dienststelle.

Art. 20 - Inkrafttreten

Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 2022 in Kraft.

Art. 21 - Durchführungsbestimmung

Der Minister für Familie wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 23. Dezember 2021

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident,

Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident,

Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen

A. ANTONIADIS

TRADUCTION
MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2022/200257]

23 DECEMBRE 2021. — Arrêté du Gouvernement relatif à la constatation de handicaps chez les enfants en vue de la liquidation du supplément pour enfants handicapés

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 23 avril 2018 relatif aux prestations familiales, l'article 22, alinéa 2, et l'article 62, § 2, alinéa 2;

Vu l'arrêté royal du 28 mars 2003 portant exécution des articles 47, 56septies et 63 des lois coordonnées relatives aux allocations familiales pour travailleurs salariés et de l'article 88 de la loi-programme (I) du 24 décembre 2002;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 29 novembre 2018 portant exécution du décret du 23 avril 2018 relatif aux prestations familiales;

Vu la proposition formulée le 3 septembre 2021 par le Conseil d'administration de l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée;

Vu l'avis du Conseil pour les prestations familiales, donné le 16 septembre 2021;

Vu l'avis de l'inspecteur des Finances, donné le 28 septembre 2021;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 29 septembre 2021;

Vu l'avis de l'Autorité de protection de données n° 166/2021, donné le 4 octobre 2021;

Vu l'avis n° 70.483/1 du Conseil d'État, donné le 10 décembre 2021, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Sur la proposition du Ministre de la Famille;

Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE 1^{er}. — Dispositions générales**Article 1^{er}. - Définitions**

Pour l'application du présent arrêté, il faut entendre par :

1° décret : le décret du 23 avril 2018 relatif aux prestations familiales;

2° Office : l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée;

3° arrêté du 28 mars 2003 : l'arrêté royal du 28 mars 2003 portant exécution des articles 47, 56septies et 63 des lois coordonnées relatives aux allocations familiales pour travailleurs salariés et de l'article 88 de la loi-programme (I) du 24 décembre 2002.

CHAPITRE 2. — Critères et modalités d'évaluation pour les répercussions du handicap**Art. 2. - Constatation**

Pour l'application des articles 21 et 22 du décret, le handicap d'un enfant est constaté, par l'Office ou par une personne qu'il mandate, au moyen de l'une des procédures prévues au chapitre 3.

Art. 3. - Éléments de constatation des répercussions du handicap

§ 1^{er} - Les répercussions du handicap sont évaluées sur la base de trois piliers. Ces piliers se rapportent aux répercussions suivantes du handicap :

1° le 1^{er} pilier se rapporte aux répercussions du handicap sur la santé physique et psychique de l'enfant;

2° le 2^e pilier se rapporte aux répercussions du handicap sur la capacité d'action de l'enfant et sa participation à la vie sociale;

3° le 3^e pilier se rapporte aux répercussions du handicap sur le milieu familial de l'enfant.

§ 2 - Les répercussions mentionnées au § 1^{er} sont constatées au moyen du tableau médico-social repris en annexe 1^{re} de l'arrêté du 28 mars 2003. Pour chaque pilier, des points sont attribués de la manière suivante :

1° pour le 1^{er} pilier, les points sont attribués suivant le pourcentage de handicap physique ou mental de l'enfant constaté conformément à l'article 3, en fonction de la gradation suivante :

a) de 0 % à 24 % de handicap physique ou mental : 0 point;

b) de 24 % à 49 % de handicap physique ou mental : 1 point;

c) de 50 % à 65 % de handicap physique ou mental : 2 points;

d) de 66 % à 79 % de handicap physique ou mental : 4 points;

e) de 80 % à 100 % de handicap physique ou mental : 6 points;

2° le 2^e pilier reprend les catégories fonctionnelles suivantes qui, le cas échéant, peuvent être subdivisées en sous-catégories et pour lesquelles les points sont attribués d'après des critères progressifs :

- a) formation professionnelle, formation et intégration sociale;
- b) communication;
- c) mobilité et déplacement;
- d) soins corporels;

3° le 3^e pilier reprend les catégories suivantes qui, le cas échéant, peuvent être subdivisées en sous-catégories et pour lesquelles les points sont attribués d'après des critères progressifs :

- a) le traitement à domicile;
- b) le déplacement pour les observations médicales et le traitement;
- c) l'adaptation du milieu et du mode de vie.

Les points attribués aux piliers 2 et 3 sont additionnés comme suit :

1° pour le 2^e pilier, le maximum de points de chacune des quatre catégories fonctionnelles est additionné. La somme des points ainsi calculée est limitée à 12;

2° pour le 3^e pilier, le maximum de points de chacune des trois catégories est additionné et la somme est multipliée par 2. Le résultat des points ainsi calculé est limité à 18.

Le résultat final pour la constatation des répercussions du handicap s'obtient en additionnant les piliers 1, 2 et 3 et est limité à 36.

Art. 4. - Modalités de calcul en vue de constater les répercussions du handicap

§ 1^{er} - La constatation du handicap physique ou mental, mentionnée à l'article 3, s'opère sur la base :

1° de la « liste des affections pédiatriques » jointe en annexe 2 de l'arrêté du 28 mars 2003 »;

2° de l'arrêté du Régent du 12 février 1946 approuvant le Barème officiel belge des invalidités.

Le barème des invalidités mentionné à l'alinéa 1^{er}, 2°, est exclusivement utilisé pour les handicaps ou fonctions qui ne sont pas repris dans la liste mentionnée à l'alinéa 1^{er}, 1°, ainsi que pour les handicaps repris dans la liste et renvoyant à un article dudit barème.

§ 2 - L'évaluation des répercussions du handicap au moyen des éléments mentionnés à l'article 3 en appliquant la liste et le barème mentionnés au § 1^{er} s'opère selon les modalités suivantes :

1° en cas de plusieurs affections partielles dont aucune n'entraîne un handicap complet, le pourcentage de l'affection la plus lourde est totalement pris en compte, et chacune des affections partielles restantes est imputée proportionnellement à la partie de santé restante. Pour ce faire, les différentes affections sont imputées selon un ordre croissant dépendant de leur pourcentage réel. Ce mode de calcul n'est applicable que lorsque les affections partielles concernent différents membres ou fonctions;

2° un mode d'évaluation proportionnel est appliqué lorsque le même membre ou la même fonction sont concernés par plusieurs lésions et que l'application du mode de calcul fixé au 1° impliquerait un pourcentage supérieur à celui obtenu en cas de perte complète du membre ou de la fonction en question;

3° la liste ou le barème mentionnés au § 1^{er} sont appliqués de manière contraignante ou indicative selon qu'ils donnent un pourcentage fixe ou qu'ils laissent une marge de manœuvre lors de l'évaluation. Dans ce dernier cas, elles restent toutefois contraignantes pour le pourcentage le plus bas et pour le pourcentage le plus haut.

CHAPITRE 3. — Procédure

Art. 5. - Demande initiale

Le demandeur qui souhaite faire constater pour la première fois un handicap chez un enfant introduit auprès de l'Office une demande allant dans ce sens.

Art. 6. - Procédure d'évaluation

§ 1^{er} - L'Office invite le demandeur à introduire, dans les trente jours, tous les rapports médicaux, sociaux et autres qu'il juge utiles.

Pour statuer, il tient compte de ses propres constatations médicales ainsi que des rapports médicaux, sociaux et autres lui transférés. Pour prendre sa décision, il se base également sur les entretiens qu'il a menés avec l'enfant et les personnes qui connaissent bien sa situation.

Si le demandeur ne présente pas, dans le délai prévu à l'alinéa 1^{er}, tous les documents et rapports y mentionnés nécessaires pour étayer la demande ou si ceux-ci sont incomplets, l'Office lui communique par écrit les informations ou documents qu'il doit présenter dans les trente jours suivant l'envoi de la lettre lui demandant ces documents et informations.

Si le demandeur n'a pas transmis les documents et informations dans le délai prévu à l'alinéa 3, l'Office lui adresse une seconde lettre de rappel lui communiquant les informations ou documents supplémentaires qu'il doit présenter dans les trente jours suivant l'envoi de la lettre lui demandant ces documents et informations.

Si le demandeur ne transmet pas à l'Office les documents ou informations supplémentaires dans le délai mentionné à l'alinéa 4, l'Office déclare la demande irrecevable.

§ 2 - Pour mener les examens, l'Office envoie une invitation au demandeur. Si l'enfant ne peut respecter le rendez-vous pour cause d'examen ou parce qu'il ou la personne qui l'accompagne à ce rendez-vous est malade, l'Office invitera le demandeur à un nouveau rendez-vous. Si, pour une raison autre que celles susmentionnées, l'enfant ne se présente pas au rendez-vous proposé, l'Office adresse une nouvelle invitation au demandeur.

Si, pour une raison autre que celles susmentionnées, l'enfant ne se présente pas non plus au second rendez-vous, l'Office déclare la demande irrecevable.

§ 3 - Par dérogation au § 2, alinéa 1^{er}, l'Office peut prendre sa décision en se basant uniquement sur les documents et informations mentionnés au § 1^{er}.

Si l'Office statue en application de l'alinéa 1^{er}, le demandeur peut communiquer, dans un délai de vingt-et-un jours, qu'il souhaite recevoir une invitation. Dans ce cas, l'Office prend une nouvelle décision en application du § 2.

Art. 7. - Décision de l'Office

L'Office statue dans les six mois suivant la réception de la demande ou suivant le fait donnant lieu à l'examen d'office du handicap.

Lors de l'envoi du rappel en application de l'article 6, § 1^{er}, alinéas 3 et 4, le délai pour prendre une décision est suspendu jusqu'au moment où le demandeur a complété sa demande. Le délai est également suspendu pour la période allant de l'envoi de la seconde invitation mentionnée à l'article 6, § 2, à la date du rendez-vous.

Art. 8. - Notification des décisions

L'Office informe les intéressés de toute décision les concernant.

Sans préjudice de l'application d'autres dispositions légales, décrétales ou réglementaires, la notification s'opère par écrit.

Art. 9. - Durée de validité des décisions

Les décisions de l'Office constatant le handicap peuvent prendre effet rétroactivement jusqu'à cinq ans, respectivement à compter de la réception d'une demande ou dès la survenance du fait donnant lieu à l'examen d'office du handicap.

L'Office détermine la durée de validité de la constatation en se basant sur les perspectives d'évolution du handicap.

Art. 10. - Nouvelle constatation sur demande

Le demandeur peut, à tout moment, demander une nouvelle constatation à l'Office, à moins qu'une demande ne soit déjà en cours.

La nouvelle constatation sur demande s'opère conformément aux procédures d'évaluation fixées à l'article 6.

Art. 11. - Nouvelle constatation d'office

L'Office entame la nouvelle constatation d'office avant que ne prenne fin la dernière constatation en application de l'article 9, alinéa 2.

La nouvelle estimation d'office s'opère conformément aux procédures d'évaluation fixées à l'article 6.

Art. 12. - Constatation d'office en raison d'un changement de compétence

Si, en application de l'accord de coopération du 6 septembre 2017 entre la Communauté flamande, la Région wallonne, la Commission communautaire commune et la Communauté germanophone portant sur les facteurs de rattachement, la gestion des charges du passé, l'échange des données en matière de prestations familiales et les modalités concernant le transfert de compétences entre caisses d'allocations familiales, la Communauté germanophone est compétente pour un enfant chez lequel une autre entité a déjà constaté un handicap, l'Office reprend d'office la constatation du handicap effectuée conformément à la législation de l'entité concernée.

CHAPITRE 4. — *Confidentialité et protection des données***Art. 13.** - Traitement des données à caractère personnel

Conformément à l'article 62 du décret, le Gouvernement est responsable du traitement des données à caractère personnel mentionnées à l'article 14. L'Office est considéré comme étant sous-traitant au sens de l'article 4, 8), du règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE.

Le Gouvernement et l'Office traitent des données à caractère personnel en vue de la constatation du handicap chez l'enfant et de la liquidation du supplément pour enfants handicapés. Ils ne peuvent utiliser les données collectées à d'autres fins que celles de l'exercice desdites missions.

Art. 14. - Traitement des données

L'Office peut collecter et traiter les données à caractère personnel suivantes, le cas échéant, en les demandant auprès du médecin traitant de l'enfant, d'autres autorités ou d'autres prestataires :

1° les nom, prénom, numéro de registre national, date de naissance, domicile, état civil, numéro de téléphone et adresse électronique de l'enfant;

2° les nom, prénom, numéro de registre national, domicile, numéro de téléphone et adresse électronique du demandeur;

3° les nom, prénom, adresse, numéro de téléphone, adresse électronique et numéro INAMI du médecin traitant et du médecin spécialiste de l'enfant;

4° les répercussions de l'affection ou du handicap de l'enfant sur ses activités quotidiennes, son milieu de vie et sa participation à la vie sociale, à savoir :

a) l'apprentissage, les cours, la fréquentation scolaire;

b) les contacts avec d'autres personnes;

c) les déplacements à l'intérieur et à l'extérieur;

d) les soins corporels, l'alimentation;

5° la nature et la description de l'affection ou du handicap, ainsi que les facteurs de risque y liés, l'état de santé et le traitement médical de l'enfant, le cas échéant, sur présentation de rapports médicaux;

6° la situation familiale et l'énumération des aides apportées à l'enfant par sa famille.

Art. 15. - Durée du traitement des données

Sans préjudice d'autres dispositions légales, décrétales ou réglementaires prévoyant éventuellement un délai de conservation plus long, les données traitées conformément à l'article 14 peuvent être conservées, sous une forme qui permet l'identification de la personne concernée, pendant :

1° cinq ans à dater de leur collecte pour un enfant chez lequel aucun handicap n'a été constaté;

2° cinq ans à dater de la fin du handicap pour un enfant chez lequel il avait été constaté.

CHAPITRE 5. — *Dispositions finales***Art. 16.** - Disposition modificative

À l'article 1^{er} de l'arrêté du Gouvernement du 29 novembre 2018 portant exécution du décret du 23 avril 2018 relatif aux prestations familiales, le 3^o est remplacé par ce qui suit :

« 3^o arrêté du 23 décembre 2021 : l'arrêté du Gouvernement du 23 décembre 2021 relatif à la constatation de handicaps chez les enfants en vue de la liquidation du supplément pour enfants handicapés. »

Art. 17. - Disposition modificative

L'article 14 du même arrêté du Gouvernement est remplacé par ce qui suit :

« Art. 14 - *Constatation du handicap et classement en catégories*

§ 1^{er} - Les handicaps constatés conformément à l'article 2 de l'arrêté du 23 décembre 2021 sont classés comme suit dans les catégories mentionnées à l'article 21 du décret :

1^o un handicap pour lequel sont attribués au moins 4 points dans le 1^{er} pilier mentionné à l'article 2, § 1^{er}, 1^o, de l'arrêté du 23 décembre 2021 et moins de 6 points au total, est classé en catégorie 1;

2^o un handicap pour lequel sont attribués entre 6 et 8 points est classé en catégorie 2;

3^o un handicap pour lequel sont attribués entre 9 et 11 points est classé en catégorie 3;

4^o un handicap pour lequel sont attribués soit entre 12 et 14 points au total, soit 4 points dans le 1^{er} pilier mentionné à l'article 2, § 1^{er}, 1^o, et entre 6 et 11 points au total, est classé en catégorie 4;

5^o un handicap pour lequel sont attribués entre 15 et 17 points est classé en catégorie 5;

6^o un handicap pour lequel sont attribués entre 18 et 20 points est classé en catégorie 6;

7^o un handicap pour lequel sont attribués plus de 20 points est classé en catégorie 7. »

§ 2 - Si aucun handicap n'est constaté en vertu de l'article 2 de l'arrêté du 23 décembre 2021, les handicaps qui ont été constatés en vertu de la législation de la Communauté flamande, de la Région wallonne ou de la Commission communautaire commune sont classés, en application du § 1^{er}, dans les catégories mentionnées à l'article 21 du décret. »

Art. 18. - Disposition abrogatoire

L'arrêté royal du 28 mars 2003 portant exécution des articles 47, 56septies et 63 des lois coordonnées relatives aux allocations familiales pour travailleurs salariés et de l'article 88 de la loi-programme (I) du 24 décembre 2002, modifié en dernier lieu par l'arrêté royal du 26 avril 2009, est abrogé, à l'exception des annexes 1^{re} et 2.

Art. 19. - Disposition transitoire

Les constatations de handicaps établies par le Service Public Fédéral Sécurité sociale avant l'entrée en vigueur du présent arrêté valent pour la durée pour laquelle ces handicaps ont été constatés ou jusqu'à une nouvelle constatation par l'Office.

Art. 20. - Entrée en vigueur

Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} janvier 2022.

Art. 21. - Exécution

Le Ministre de la Famille est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 23 décembre 2021.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,

Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances

O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président,

Ministre de la Santé et des Affaires sociales,
de l'Aménagement du territoire et du Logement

A. ANTONIADIS

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2022/200257]

23 DECEMBER 2021. — Besluit van de Regering tot vaststelling van beperkingen bij kinderen met het oog op de uitbetaling van de bijslag voor kinderen met een beperking

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen, artikel 22, tweede lid, en artikel 62, § 2, tweede lid;

Gelet op het koninklijk besluit van 28 maart 2003 tot uitvoering van de artikelen 47, 56septies en 63 van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders en van artikel 88 van de programmawet (I) van 24 december 2002;

Gelet op het besluit van de Regering van 29 november 2018 tot uitvoering van het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen;

Gelet op het advies van de raad van bestuur van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven, gegeven op 3 september 2021;

Gelet op het advies van de Raad voor Gezinsbijslagen, gegeven op 16 september 2021;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 28 september 2021;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 29 september 2021;
 Gelet op advies 166/2021 van de Gegevensbeschermingsautoriteit, gegeven op 4 oktober 2021;
 Gelet op advies 70.483/1 van de Raad van State, gegeven op 10 december 2021 met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2^o, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;
 Op de voordracht van de Minister van Gezin;
 Na beraadslaging,

Besluit :

HOOFDSTUK 1. — *Algemene bepalingen*

Artikel 1. - Definities

Voor de toepassing van dit besluit wordt verstaan onder:

- 1^o decreet: het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen;
- 2^o Dienst voor zelfbeschikkend leven: de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven;
- 3^o besluit van 28 maart 2003: het koninklijk besluit van 28 maart 2003 tot uitvoering van de artikelen 47, 56septies en 63 van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders en van artikel 88 van de programmawet (I) van 24 december 2002.

HOOFDSTUK 2. — Criteria en nadere regels om de gevolgen van de beperking te beoordelen

Art. 2. - Vaststelling

Voor de toepassing van de artikelen 21 en 22 van het decreet wordt de beperking van een kind vastgesteld door de Dienst voor zelfbeschikkend leven of door een persoon die daartoe door de Dienst voor zelfbeschikkend leven is aangewezen, volgens één van de procedures vermeld in hoofdstuk 3.

Art. 3. - Elementen om de gevolgen van de beperking vast te stellen

§ 1 - De gevolgen van de beperking worden beoordeeld op basis van drie pijlers. Die pijlers hebben betrekking op de volgende gevolgen van de beperking :

- 1^o pijler 1 heeft betrekking op de gevolgen van de beperking op het vlak van de lichamelijke of geestelijke gezondheid van het kind;
- 2^o pijler 2 heeft betrekking op de gevolgen van de beperking op het vlak van de activiteit van het kind en zijn participatie aan het maatschappelijk leven;
- 3^o pijler 3 heeft betrekking op de gevolgen van de beperking voor de familiale omgeving van het kind.

§ 2 - De gevolgen vermeld in § 1 worden vastgesteld aan de hand van de medisch-sociale schaal die als bijlage 1 bij het besluit van 28 maart 2003 is gevoegd. Voor elke pijler worden punten toegekend als volgt:

1^o voor pijler 1 worden de punten toegekend afhankelijk van het percentage lichamelijke of geestelijke beperking dat overeenkomstig artikel 3 bij het kind werd vastgesteld, waarbij de beperking in volgende gradaties wordt opgesplitst :

- a) 0 % - 24 % lichamelijke of geestelijke beperking: 0 punten;
- b) 24 % - 49 % lichamelijke of geestelijke beperking: 1 punt;
- c) 50 % - 65 % lichamelijke of geestelijke beperking: 2 punten;
- d) 66 % - 79 % lichamelijke of geestelijke beperking: 4 punten;
- e) 80 % - 100 % lichamelijke of geestelijke beperking: 6 punten.

2^o pijler 2 bestaat uit de volgende functionele categorieën die eventueel kunnen worden onderverdeeld in subcategorieën en waaraan punten worden toegekend volgens graduele criteria:

- a) beroepsopleiding, opleiding en sociale integratie;
- b) communicatie;
- c) mobiliteit en voortbeweging;
- d) lichaamsverzorging.

3^o pijler 3 bestaat uit de volgende categorieën die eventueel kunnen worden onderverdeeld in subcategorieën en waaraan punten worden toegekend volgens graduele criteria :

- a) de behandeling thuis;
- b) verplaatsing voor medisch toezicht en behandeling;
- c) aanpassing van de leefomgeving en de leefwijze.

De punten van de pijlers 2 en 3 worden samengeteld als volgt :

1^o voor de punten in pijler 2 wordt het hoogste aantal punten uit elk van de vier functionele categorieën samengeteld. De som van het aldus berekende aantal punten is begrensd tot 12;

2^o voor pijler 3 wordt het hoogste aantal punten uit elk van de drie categorieën samengeteld en wordt die som vermenigvuldigd met 2. Het resultaat van het aldus berekende aantal punten is begrensd tot 18.

Het eindresultaat van de vaststelling van de gevolgen van de beperking wordt bekomen door de pijlers 1, 2 en 3 samen te tellen en is begrensd tot 36.

Art. 4. - Berekeningswijze om de gevolgen van de beperking vast te stellen

§ 1 - De in artikel 3 vermelde vaststelling van de lichamelijke of geestelijke beperking gebeurt op basis van:

- 1^o de lijst van de pediatische aandoeningen die als bijlage 2 bij het besluit van 28 maart 2003 is gevoegd;
- 2^o het Regentsbesluit van 12 februari 1946 houdende goedkeuring van de officiële Belgische Schaal tot vaststelling van de graad van invaliditeit.

De invaliditeitsschaal vermeld in het eerste lid, 2°, wordt uitsluitend gebruikt voor beperkingen of functies die niet voorkomen in de lijst vermeld in het eerste lid, 1°, alsook voor de beperkingen van de lijst die naar een artikel van de invaliditeitsschaal verwijzen.

§ 2 - Voor de evaluatie van de gevolgen van de beperking aan de hand van de in artikel 3 vermelde elementen door gebruik van de in § 1 vermelde lijst en invaliditeitsschaal gelden de volgende nadere regels:

1° in geval van meervoudige gedeeltelijke beperkingen waarbij geen enkele gedeeltelijke beperking tot een volledige beperking leidt, wordt het percentage van de zwaarste beperking volledig in aanmerking genomen en wordt elke verdere gedeeltelijke beperking proportioneel berekend volgens de overblijvende gezondheid. Daartoe worden de verscheidene beperkingen in dalende volgorde van hun werkelijke percentage meegeteld. Die berekeningswijze wordt alleen toegepast als de verscheidene gedeeltelijke beperkingen verschillende ledematen of functies aantasten;

2° een proportionele evaluatiewijze wordt toegepast als een ledemaat of een functie door verschillende beschadigingen aangetast is en als de toepassing van de in 1° vermelde berekeningswijze tot een hoger percentage zou leiden dan het totale verlies van dat ledemaat of die functie;

3° de in § 1 vermelde lijst en invaliditeitsschaal zijn bindend of indicatief, afhankelijk van de vraag of ze een vast percentage aanduiden dan wel ruimte laten bij de evaluatie. In dit laatste geval blijven ze echter bindend voor het minimale en het maximale percentage.

HOOFDSTUK 3. — Procedure

Art. 5. - Eerste aanvraag

De aanvrager die de beperking van een kind voor de eerste keer wil laten vaststellen, dient daartoe een aanvraag in bij de Dienst voor zelfbeschikkend leven.

Art. 6. - Evaluatieprocedure

§ 1 - De Dienst voor zelfbeschikkend leven vraagt aan de aanvrager om alle medische, sociale of andere verslagen die de Dienst nuttig acht, binnen een termijn van dertig dagen in te dienen.

Voor het nemen van een beslissing houdt de Dienst voor zelfbeschikkend leven niet alleen rekening met zijn eigen medische vaststellingen, maar ook met de medische, sociale of andere verslagen die hij heeft ontvangen. Hij baseert zijn beslissing ook op de gesprekken met het kind en met de personen die de situatie van het kind kennen.

Als de aanvrager niet alle tot staving van zijn aanvraag noodzakelijke documenten en in het eerste lid bedoelde verslagen binnen de in het eerste lid gestelde termijn indient of als die documenten of verslagen niet volledig zijn, deelt de Dienst voor zelfbeschikkend leven hem schriftelijk mee welke inlichtingen of documenten hij moet indienen binnen een termijn van dertig dagen, te rekenen vanaf de verzending van de brief waarin die documenten en inlichtingen worden aangevraagd.

Als de aanvrager de documenten en inlichtingen niet binnen de termijn vermeld in het derde lid heeft ingediend, zendt de Dienst voor zelfbeschikkend leven de aanvrager een tweede herinneringsbrief en deelt hij hem mee welke aanvullende inlichtingen of documenten hij moet indienen binnen een termijn van dertig dagen, te rekenen vanaf de verzending van de brief waarin die documenten en inlichtingen worden aangevraagd.

Als de aanvrager de aanvullende documenten of inlichtingen niet binnen de termijn vermeld in het vierde lid bij de Dienst voor zelfbeschikkend leven indient, verklaart de Dienst voor zelfbeschikkend leven de aanvraag niet-ontvankelijk.

§ 2 - Om de onderzoeken te verrichten, stuurt de Dienst voor zelfbeschikkend leven de aanvrager een uitnodiging om te verschijnen. Als het kind op die datum niet kan verschijnen wegens examens, ziekte van het kind of ziekte van de persoon die het kind op de afspraak begeleidt, bezorgt de Dienst voor zelfbeschikkend leven de aanvrager een nieuwe datum voor het onderzoek. Als het kind om een andere dan de voormelde redenen niet op de voorgestelde datum van het onderzoek verschijnt, stuurt de Dienst voor zelfbeschikkend leven een tweede uitnodiging naar de aanvrager.

Als het kind om een andere dan de voormelde redenen op de datum van de tweede uitnodiging evenmin verschijnt, verklaart de Dienst voor zelfbeschikkend leven de aanvraag niet-ontvankelijk.

§ 3 - In afwijking van § 2, eerste lid, kan de Dienst voor zelfbeschikkend leven de beslissing louter op basis van de in § 1 vermelde documenten en inlichtingen nemen.

Als de Dienst voor zelfbeschikkend leven een beslissing neemt met toepassing van het eerste lid, kan de aanvrager binnen een termijn van 21 dagen meedelen dat hij wil worden uitgenodigd om te verschijnen. In dat geval neemt de Dienst voor zelfbeschikkend leven een nieuwe beslissing met toepassing van § 2.

Art. 7. - Beslissing van de Dienst voor zelfbeschikkend leven

De Dienst voor zelfbeschikkend leven neemt een beslissing binnen zes maanden na ontvangst van een aanvraag of binnen zes maanden nadat de situatie die aanleiding geeft om de beperking ambtshalve te onderzoeken, zich heeft voorgedaan.

Bij verzending van de herinneringsbrief met toepassing van artikel 6, § 1, derde en vierde lid, wordt de termijn waarbinnen een beslissing moet worden genomen, geschorst tot de aanvrager de aanvraag heeft vervolledigd. De termijn waarbinnen een beslissing moet worden genomen, wordt ook geschorst tijdens de periode tussen het verzenden van de tweede uitnodiging om te verschijnen voor het onderzoek bepaald in artikel 6, § 2, en de datum van het onderzoek.

Art. 8. - Kennisgeving van beslissingen

De Dienst voor zelfbeschikkend leven stelt de betrokken personen in kennis van elke beslissing die hen betreft.

Onverminderd de toepassing van andere wettelijke, decretale of reglementaire bepalingen geschiedt de kennisgeving schriftelijk.

Art. 9. - Geldigheidsduur van de beslissingen

De beslissingen waarbij de Dienst voor zelfbeschikkend leven de beperking vaststelt, kunnen vijf jaar terugwerken, telkens vanaf de ontvangst van de aanvraag of vanaf dat zich een situatie heeft voorgedaan die aanleiding geeft om de beperking ambtshalve te onderzoeken.

De Dienst voor zelfbeschikkend leven stemt de geldigheidsduur van de vaststelling toekomstgericht af op de ontwikkeling van de beperking.

Art. 10. - Nieuwe vaststelling op aanvraag

De aanvrager kan bij de Dienst voor zelfbeschikkend leven te allen tijde vragen om de beperking opnieuw vast te stellen, tenzij er al een aanvraag loopt.

De nieuwe vaststelling op aanvraag geschiedt volgens de evaluatieprocedure bepaald in artikel 6.

Art. 11. - Nieuwe vaststelling van ambtswege

De Dienst voor zelfbeschikkend leven leidt de nieuwe vaststelling van ambtswege in voordat de laatste vaststelling met toepassing van artikel 9, tweede lid, eindigt.

De nieuwe inschatting van ambtswege geschiedt volgens de evaluatieprocedure bepaald in artikel 6.

Art. 12. - Vaststelling van ambtswege bij wijziging van de bevoegdheid

Als de Duitstalige Gemeenschap met toepassing van het Samenwerkingsakkoord van 6 september 2017 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de aanknopingsfactoren, het beheer van de lasten van het verleden, de gegevensuitwisseling inzake de gezinsbijslagen en de praktische regels betreffende de bevoegdheidsoverdracht tussen de kinderbijslagfondsen bevoegd wordt voor een kind voor wie een andere gefedereerde entiteit al een beperking heeft vastgesteld, behoudt de Dienst voor zelfbeschikkend leven van ambtswege de vaststelling van een beperking die op basis van de rechtsregels van de betrokken gefedereerde entiteit werd beslist.

HOOFDSTUK 4. — *Vertrouwelijkheid en bescherming van persoonsgegevens***Art. 13.** - Verwerking van persoonsgegevens

Overeenkomstig artikel 62 van het decreet is de Regering de verantwoordelijke voor de verwerking van de persoonsgegevens vermeld in artikel 14. De Dienst voor zelfbeschikkend leven geldt als verwerker in de zin van artikel 4, punt 8, van de Verordening (EU) 2016/679 van het Europees Parlement en de Raad van 27 april 2016 betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van Richtlijn 95/46/EG.

De Regering en de Dienst voor zelfbeschikkend leven verwerken persoonsgegevens met het oog op de vaststelling van de beperking van het kind en met het oog op de uitbetaling van de bijslag voor kinderen met een beperking. Ze mogen de verzamelde gegevens niet voor andere doeleinden dan voor de uitvoering van die opdrachten gebruiken.

Art. 14. - Gegevensverwerking

De Dienst voor zelfbeschikkend leven kan de volgende persoonsgegevens verzamelen en verwerken, in voorkomend geval na aanvraag bij de behandelende arts van het kind, bij andere overheidsinstanties of bij dienstverrichters :

1° naam, voornaam, rijksregisternummer, geboortedatum, woonplaats, burgerlijke staat, telefoonnummer en e-mailadres van het kind;

2° naam, voornaam, rijksregisternummer, woonplaats, telefoonnummer en e-mailadres van de aanvrager;

3° naam, voornaam, adres, telefoonnummer, e-mailadres en RIZIV-nummer van de huisarts of arts-specialist van het kind;

4° gevolgen van de aandoening of beperking van het kind voor de dagelijkse activiteiten, de leefomgeving en de participatie en meer bepaald voor :

a) leren, onderwijs, schoolbezoek;

b) contacten met anderen;

c) voortbeweging binnen en buiten;

d) lichaamsverzorging, voeding;

5° aard en beschrijving van de aandoening of beperking, alsook de daarmee gepaard gaande risicofactoren, gezondheidstoestand en medische behandeling van het kind, in voorkomend geval aan de hand van medische verslagen;

6° gezinssituatie en opsomming van de hulp die het gezin aan het kind biedt.

Art. 15. - Duur van de gegevensverwerking

Onverminderd andere wettelijke, decretale of reglementaire bepalingen die eventueel in een langere bewaartermijn voorzien, mogen de overeenkomstig artikel 14 verwerkte gegevens als volgt worden bewaard in een vorm die de mogelijkheid biedt om de betrokkene te identificeren :

1° voor een kind bij wie geen beperking werd vastgesteld : gedurende vijf jaar vanaf verzameling van de gegevens;

2° voor een kind bij wie een beperking werd vastgesteld : gedurende vijf jaar vanaf het einde van de beperking.

HOOFDSTUK 5. — *Slotbepalingen***Art. 16.** - Wijzigingsbepaling

Artikel 1, 3°, van het besluit van de Regering van 29 november 2018 tot uitvoering van het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen wordt vervangen als volgt :

"3° besluit van 23 december 2021 : het besluit van de Regering van 23 december 2021 tot vaststelling van beperkingen bij kinderen met het oog op de uitbetaling van de bijslag voor kinderen met een beperking."

Art. 17. - Wijzigingsbepaling

Artikel 14 van hetzelfde besluit van de Regering wordt vervangen als volgt:

"Art. 14 - Vaststelling van de beperking en toekenning van categorieën

§ 1 - De beperkingen die op basis van artikel 2 van het besluit van 23 december 2021 zijn vastgesteld, worden als volgt ingedeeld bij de categorieën vermeld in artikel 21 van het decreet :

1° een beperking waaraan minstens vier punten in pijler 1 vermeld in artikel 2, § 1, 1°, van het besluit van 23 december 2021 en waaraan in totaal minder dan zes punten worden toegekend, wordt ingedeeld bij categorie 1;

2° een beperking waaraan tussen 6 en 8 punten worden toegekend, wordt ingedeeld bij categorie 2;

3° een beperking waaraan tussen 9 en 11 punten worden toegekend, wordt ingedeeld bij categorie 3;

4° een beperking waaraan ofwel in totaal tussen 12 en 14 punten worden toegekend ofwel 4 punten in pijler 1 vermeld in artikel 2, § 1, 1°, en in totaal tussen 6 en 11 punten worden toegekend, wordt ingedeeld bij categorie 4;

5° een beperking waaraan tussen 15 en 17 punten worden toegekend, wordt ingedeeld bij categorie 5;

6° een beperking waaraan tussen 18 en 20 punten worden toegekend, wordt ingedeeld bij categorie 6;

7° een beperking waaraan meer dan 20 punten worden toegekend, wordt ingedeeld bij categorie 7.

§ 2 - Als geen vaststelling van de beperking krachtens artikel 2 van het besluit van 23 december 2021 voorligt, worden de beperkingen die krachtens de rechtsregels van de Vlaamse Gemeenschap, het Waals Gewest of de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie werden vastgesteld, met toepassing van § 1 ingedeeld bij de categorieën vermeld in artikel 21 van het decreet."

Art. 18. - Opheffingsbepaling

Het koninklijk besluit van 28 maart 2003 tot uitvoering van de artikelen 47, 56septies en 63 van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders en van artikel 88 van de programmawet (I) van 24 december 2002, laatstelijk gewijzigd bij het koninklijk besluit van 26 april 2009, wordt opgeheven, met uitzondering van de bijlagen 1 en 2.

Art. 19. - Overgangsbepaling

Vaststellingen van beperkingen die vóór de inwerkingtreding van dit besluit door de Federale Overheidsdienst Sociale Zekerheid werden beslist, gelden voor de duur waarvoor die beperkingen werden vastgesteld of tot de Dienst voor zelfbeschikkend leven een nieuwe vaststelling beslist.

Art. 20. - Inwerkingtreding

Dit besluit treedt in werking op 1 januari 2022.

Art. 21. - Uitvoeringsbepaling

De minister bevoegd voor Gezin is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 23 december 2021.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,

Minister van Lokale Besturen en Financiën

O. PAASCH

De Viceminister-President,

Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,

Ruimtelijke Ordening en Huisvesting

A. ANTONIADIS

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2022/200307]

23. DEZEMBER 2021 — Erlass der Regierung über die Anerkennung von Dienstleistern durch die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben, Artikel 13 Absatz 3;

Aufgrund des Vorschlags des Verwaltungsrates der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben vom 29. Oktober 2021;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 16. Dezember 2021;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 23. Dezember 2021;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, Artikel 3 § 1;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, dass die Dringlichkeit dadurch begründet ist, dass eine konkrete Anfrage vom 11. Oktober 2021 auf Anerkennung eines weiteren Dienstleisters vorliegt und die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben als anerkennende Behörde damit dringend über einen entsprechenden Ausführungserlass verfügen muss, um über diesen Antrag in einem rechtssicheren Rahmen befinden zu können, sodass die Verabschiedung des vorliegenden Erlasses keinen Aufschub mehr duldet;

Auf Vorschlag des Ministers für Soziales;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL 1 — *Allgemeine Bestimmungen*

Artikel 1 - Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Dekret: das Dekret vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben;

2. Dienstleister: Träger von Diensten und Einrichtungen, die gemäß Artikel 12 des Dekrets regelmäßig eine oder mehrere Unterstützungsmaßnahmen für Kinder, Jugendliche oder Erwachsene anbieten;

3. Dienststelle: die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben;

4. Verwaltungsrat: der in Kapitel 4 Abschnitt 1 des Dekrets aufgeführte Verwaltungsrat der Dienststelle.